

# **Musterantrag zur Einführung einer Katzenschutzverordnung**

## **1. Einleitung und Zielsetzung**

In dieser Einleitung wird die Notwendigkeit der Katzenschutzverordnung beschrieben und das Ziel des Antrags klar benannt.

### **Beispiel:**

„Ziel dieses Antrags ist die Einführung einer Katzenschutzverordnung in [Name der Kommune], um die unkontrollierte Vermehrung von freilebenden Katzen nachhaltig einzudämmen. Die Verordnung soll Katzenhalter:innen dazu verpflichten, Freigängerkatzen zu kastrieren, zu kennzeichnen und zu registrieren. Dies dient dem Schutz der Tiere und der Stabilisierung der Katzenpopulation.“

## **2. Begründung des Antrags**

Hier wird die aktuelle Problemlage ausführlich dargelegt. Zahlen, Fakten und Beispiele helfen, den Handlungsbedarf zu untermauern.

### **Inhalte:**

- Beschreibung der aktuellen Streunerkatzensituation in der Region.
- Erfassung der Kosten, die durch die Versorgung nicht kastrierter Katzen entstehen (Tierheimaufenthalte, tierärztliche Behandlungen).
- Verweis auf andere Städte oder Gemeinden mit bereits eingeführten Katzenschutzverordnungen und deren positive Erfahrungen.

## **3. Rechtliche Grundlage**

Die rechtliche Basis des Antrags wird erläutert.

### **Beispiel:**

„Die rechtliche Grundlage für die Einführung einer Katzenschutzverordnung bildet § 13b des Tierschutzgesetzes. Dieser Paragraph ermöglicht es Kommunen, Maßnahmen zur Eindämmung der freilebenden Katzenpopulation zu erlassen. Ziel ist es, das Leid der Tiere zu reduzieren und die unkontrollierte Vermehrung einzudämmen.“

## **4. Maßnahmen und Umsetzung**

In diesem Abschnitt werden die konkreten Maßnahmen beschrieben, die die Verordnung umfassen soll.

### **Beispielhafte Maßnahmen:**

1. **Kastrationspflicht für Freigängerkatzen:** Alle Katzen mit unkontrolliertem Freigang müssen kastriert werden.

2. **Kennzeichnung und Registrierung:** Verpflichtende Kennzeichnung durch Mikrochip oder Tätowierung sowie Registrierung in einem Haustierregister wie z. B. **TASSO**
3. **Überwachung und Kontrolle:** Regelmäßige Kontrolle der Einhaltung durch das Ordnungsamt in Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt.

## 5. Finanzielle Aspekte und mögliche Förderquellen

Darstellung der zu erwartenden Kosten und möglicher Finanzierungsmodelle.

### Beispiele:

- Kosten für Kastrationsaktionen können teilweise durch Fördermittel des Landes oder durch Kooperationen mit Tierschutzvereinen gedeckt werden.
- Subventionierte Kennzeichnung und Registrierung für einkommensschwache Katzenhalter:innen.

## 6. Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung

Informationen über die geplante Aufklärungskampagne, um die Bevölkerung über die Verordnung und ihre Vorteile zu informieren.

### Beispiele für Maßnahmen:

- Informationsflyer in Tierarztpraxen und öffentlichen Einrichtungen.
- Pressemitteilungen und Informationsveranstaltungen.
- Aufbau einer Online-Plattform mit Antworten auf häufige Fragen zur Verordnung.

## 7. Evaluation und Erfolgskontrolle

Beschreibung, wie die Maßnahmen regelmäßig überprüft werden sollen, um die Effektivität der Verordnung sicherzustellen.

### Beispiele:

- Jährliche Berichte über die Entwicklung der Streunerkatzenpopulation.
- Überprüfung der Kastrationsquote und Rückmeldung der beteiligten Organisationen.
- Anpassung der Maßnahmen auf Grundlage der Evaluationsergebnisse.

## 8. Fazit und Antrag auf Beschlussfassung

Abschließend wird der Antrag zusammengefasst, und es wird der Beschluss zur Einführung der Katzenschutzverordnung gefordert.

### Beispiel:

„Angesichts der beschriebenen Problematik und der dargestellten Lösungsansätze beantragen wir die Einführung einer Katzenschutzverordnung für die Stadt [Name der Kommune]. Diese Verordnung ist ein notwendiger Schritt, um das Tierleid zu verringern und eine gesunde, stabile Katzenpopulation sicherzustellen.“

## **Anlagen und Ergänzungen (optional)**

Hier können zusätzliche Dokumente beigefügt werden, wie z. B.:

- Erfahrungsberichte anderer Kommunen.
- Statistiken zur Streuerkatzenpopulation.
- Stellungnahmen von Tierschutzorganisationen.